

# Vergleich der Programme von SPD, GRÜNEN und LINKE zur Landtagswahl 2014 in Sachsen

Am 31. August 2014 werden in Sachsen Landtagswahlen stattfinden, zu der die politischen Parteien Wahlprogramme vorgelegt haben. Diese Programme haben zumindest zwei in einem Spannungsverhältnis zueinander stehende Funktionen zu erfüllen: (a) die Wählerinnen und Wähler mit den Positionen der jeweiligen Partei bekannt zu machen und sie zur Wahl dieser Partei zu animieren, (b) die eigenen Mitglieder, die Funktionsträger und die Aktivisten in den verschiedenen thematischen Arbeitsgruppen und Interessengemeinschaften hinter der Parteifahne zu versammeln. Die Programme der drei linken Oppositionsparteien im Sächsischen Landtag bedienen aufgrund ihrer Länge und Detailliertheit eher die zweite Funktion.

Die SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (im Folgenden: GRÜNE) und DIE LINKE haben die Chance, die CDU, die in Sachsen seit einem Vierteljahrhundert an den Hebeln der Macht sitzt, als Regierungspartei abzulösen. Die vorliegende Analyse der Wahlprogramme von SPD, GRÜNEN und LINKE untersucht die dort formulierten Positionen auf ausgewählten relevanten Politikfeldern hinsichtlich Gemeinsamkeiten und Unterschieden zwischen diesen drei Parteien.

Dabei zeigt die Analyse, dass die Schwerpunktsetzung in den Programmen deutlich unterschiedlicher ist als in den Wahlprogrammen dieser Parteien auf der Bundesebene. Was der einen Partei wichtig ist, im Programm hervorgehoben zu werden, wird im Programm der anderen Partei oft nicht erwähnt, ohne dass daraus auf eine Gegenposition geschlossen werden kann. Daraus ergibt sich im nachfolgenden Text eine Reihe von Leerstellen, die erst bei einer möglichen Diskussion zwischen den potentiellen Regierungspartnern ausgelotet werden können.

## **1. Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik**

### **1.1 Wirtschaftspolitik**

Die SPD, DIE GRÜNEN und DIE LINKE setzen in ihrer Wirtschaftspolitik unterschiedliche Akzente. Angestrebte Ziele wie Ressourceneffizienz, die in allen drei Landtagswahlprogrammen vorkommen, erhalten so ein unterschiedliches Gewicht und einen anderen Stellenwert im wirtschaftspolitischen Konzept. Nur GRÜNE und LINKE orientieren auf regionale Wirtschaftskreisläufe – weg von der bisherigen Unterstützung exportorientierter industrieller „Leuchttürme“, während für die SPD die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der sächsischen Wirtschaft im globalen Wettbewerb das wichtig-

ste Anliegen ist. Während GRÜNE und LINKE den Begriff des „qualitativen Wachstums“ vermeiden, hält die SPD an diesem Begriff fest und strebt ausdrücklich einen Paradigmenwechsel von quantitativem hin zu qualitativem Wachstum an.

Nach Auffassung der SPD müsse Sachsen die Wettbewerbsfähigkeit seiner Wirtschaft über hohe Qualität, Produktivität und Innovationen ausbauen. „Der sozialdemokratische Ansatz für eine neue Wirtschaftspolitik im Freistaat Sachsen will den Aufbau einer neuen und auf Nachhaltigkeit ausgerichteten sozialen Marktwirtschaft aktiv befördern und zeigen, wie qualitatives Wachstum und ressourceneffizientes Wirtschaften in Sachsen durch neue Leitprinzipien und Perspektiven erfolgen können.“ Die SPD bekennt sich zu einer aktiven Rolle der staatlichen Wirtschaftspolitik bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten im Freistaat Sachsen. Sie will Wachstum und Ressourcenverbrauch voneinander entkoppeln und Energie- und Ressourceneffizienz fördern. Zentrale Elemente für qualitatives Wachstum seien Investitionen in die regionale Wirtschaftsstruktur, Innovationen, Forschung und Bildung. Dazu würden auch geeignete Anreizsysteme in der Investitions- und Wirtschaftsförderung gehören, die diese Ausrichtung aktiv unterstützen (z. B. eine gezielte Nachfrageförderung durch Initiativen der öffentlichen Hand).

Die Leitlinie der SPD lautet: „So viel Wettbewerb wie möglich, so viel regulierender Staat wie nötig.“ Deshalb setze sie auf einen handlungsfähigen demokratischen Staat, der klare Regeln für die soziale Marktwirtschaft vorgibt. „Wir wollen keine Wirtschaft, die einseitig vom Markt oder Staat bestimmt wird.“ Die soziale Marktwirtschaft müsse wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung vereinen.

DIE GRÜNEN wollen Ökonomie, Ökologie und Gerechtigkeit zusammen denken. „Eine gute Lebensqualität für alle Generationen können wir langfristig nur dann erhalten, wenn wir in einer solidarischen Ökonomie die Grenzen der Natur respektieren.“ Für DIE GRÜNEN messe sich Wohlstand nicht nur am Wachstum des Bruttoinlandsproduktes, sondern insbesondere an der Lebensqualität und am Umgang mit der Natur. Die Wirtschaftspolitik der GRÜNEN wolle die Akteur/innen in Wirtschaft und Gesellschaft für Investitionen in die Verbesserung der Umweltbedingungen gewinnen. DIE GRÜNEN möchten die gegenwärtige Marktwirtschaft in eine sozial-ökologische Marktwirtschaft umbauen.

Nach Auffassung der GRÜNEN müsse effizienter mit Rohstoffen umgegangen werden. Wo es möglich sei, müssten endliche Ressourcen durch erneuerbare ersetzt werden. Die Förderung von Material- und Ressourceneffizienz steigere auch die Wettbewerbsfähigkeit der sächsischen Wirtschaft. Ein wichtiges Ziel der Wirtschaftspolitik der GRÜNEN sei daher die postfossile Kreislaufwirtschaft, die zugleich die Abhängigkeit vom Erdöl reduziere.

DIE LINKE will einen anderen Entwicklungspfad – hin zu nachhaltigem Wirtschaften und Arbeiten – einschlagen und regionales Wirtschaften stärken. Ziel sei es, Sachsen gesellschafts-, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisch schrittweise zu einer Region mit

nachhaltiger, sozial-ökologischer Wirtschaftsweise umzubauen. DIE LINKE will die Herstellung ressourceneffizienter Produkte besonders fördern, das Wachstum des Energieverbrauchs weiter deutlich vom Wirtschaftswachstum entkoppeln sowie den Verbrauch vor allem nicht regenerativer natürlicher Ressourcen damit verringern. DIE LINKE will Markt und Wettbewerb klaren sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen sowie kartellrechtlicher Kontrolle unterwerfen.

Während **Industriepolitik** im Landtagswahlprogramm der GRÜNEN keine Rolle spielt, verwenden SPD und LINKE den Begriff unterschiedlich: Für die SPD steht die Modernisierung der Wirtschaft im Sinne einer nachhaltigen Produktion und Entwicklung im Mittelpunkt ihrer „ökologischen Industriepolitik“. Sie orientiert auf eine gezielte Förderung und Ansiedlung in den Leit- und Wachstumsmärkten der Zukunft und auf eine bessere Kooperation der sächsischen Unternehmen in Branchennetzwerken und Clustern. Für DIE LINKE bildet vor allem die deutlich stärkere Förderung der Zusammenarbeit von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen mit in Sachsen ansässigen Unternehmen einen Schlüssel für eine „zukunftsfähige Industriepolitik“. Sie setzt auf den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Sachsen müsse sich auf seine Tradition als innovative Ingenieurschmiede besinnen.

Auch die SPD sieht die Zukunft des Freistaates als Wissensstandort. Sie richtet ihr Augenmerk auf die Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Forschung, will regionale Kooperationsbörsen einrichten und Technologiescouts fördern. Sie möchte die Technologie- und Gründerzentren an den Hochschulstandorten stärker als Inkubatoren für wissenschaftsnahe Ausgründungen ausrichten. Nach Auffassung der SPD müsse der betriebsnahe Forschungs- und Entwicklungs-Anteil gesteigert werden, um den Produktivitätsrückstand zu den erfolgreichen westlichen Bundesländern zu überwinden. Sachsen brauche eigene Programme zur Ergänzung der EU-Förderung für wichtige sächsische Branchen wie z. B. die Textilindustrie, die Rohstoffwirtschaft, den Bergbau oder industriennahe Dienstleistungen.

DIE LINKE sieht technologische Zukunftsfelder vor allem in Fahrzeug- und Verkehrstechnologien, in Energie- und Umwelttechnologien (einschließlich Solar-, Photovoltaik-, Geothermie- und Windtechnologien), in Informations- und Kommunikationstechnologien (einschließlich Mikrosystemtechnologie und Elektrotechnik/Elektronik), in Produktionstechnologien sowie in Werkzeug- und Textilmaschinenbautechnologien und will sie unterstützen. Ziel der LINKEN sei es, die unmittelbare finanzielle Förderung von Großunternehmen auf Darlehen umzustellen. Die Förderung von Verbundinitiativen und von Clusterbildung, d.h. die Unterstützung von strategischen Netzwerken in der Industrie (Automobilzulieferindustrie, Maschinen- und Anlagenbau, Bahntechnische Industrie, Technische Textilindustrie, Luft- und Raumfahrtindustrie, Erneuerbare Energien im Industriesektor) soll nach den Vorstellungen der LINKEN zugunsten zukunftsfester Produkte sowie Dienstleistungen modifiziert fortgesetzt werden. Die Technologiepolitik soll auf sozial-ökologische Innovationen und ressourcenschonende Produkte ausgerichtet werden.

Die Förderung von **Mittelstand und Handwerk** spielt in den Wahlprogrammen von SPD, GRÜNEN und LINKE eine wichtige Rolle. Dabei möchten sie alternative Förderinstrumente wie revolvingende Fonds, Bürgschaften, Darlehen und Beteiligungen stärken. In diesem Kontext sollen auch partizipative Wirtschaftsformen wie Genossenschaftsmodelle stärker präferiert werden. Alle drei Parteien streben eine flächendeckende Breitbandversorgung mit leistungsfähigen Netzen an. Auch der Tourismus solle ein wichtiger Bestandteil der sächsischen Wirtschaftsförderung sein.

Die SPD will dem sächsischen Mittelstand und dem Handwerk den Zugang zu Eigenkapital und Innovations- und Technologieförderprogrammen erleichtern und Förderprogramme bündeln und vereinfachen. Darüber hinaus brauche der Freistaat eine kontinuierliche Mittelumschichtung von der Investitions- zur Innovationsförderung. Die SPD will Anreizprogramme auflegen, um größere Wirtschaftseinheiten zu schaffen (z. B. durch die Einrichtung eines Fusionsfonds). Nach Auffassung der SPD sollte die Investitionsförderung vorrangig den Aus- und Aufbau von betrieblichen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten unterstützen. „Im Mittelpunkt dieser Anstrengung und zielgerichteten Ausrichtung sollen vorwiegend Unternehmen mit 50 bis 250 Beschäftigten stehen.“

Nach Auffassung der GRÜNEN sei die Regionalwirtschaft bestens geeignet, etliche elementare Bedürfnisse zu befriedigen. Ihre Akteur/innen, die kleinen und mittleren Unternehmen in Sachsen, Handwerker/innen und Dienstleister/innen verstehen DIE GRÜNEN als ihre Partner. Sie wollen den Zugang zu Gründungskapital erleichtern und eine langfristig angelegte Beratung junger Unternehmer/innen sicherstellen. Insbesondere kleine, mittelständische und Start-up-Unternehmen brauchten unbürokratische Förderung oder Hilfe bei der Antragstellung. Nach Auffassung der GRÜNEN sei die Bereitstellung oder Vermittlung von Wagniskapital von zentraler Bedeutung, insbesondere dann, wenn es um die Schließung und Stärkung regionaler Wertschöpfungsketten gehe. Ziel der GRÜNEN sei es zudem, den Anteil forschender Unternehmen in Sachsen zu erhöhen.

DIE LINKE will die Binnenwirtschaft sowie regionale und beschäftigungsintensive Wirtschaftskreisläufe stärken und dadurch einen Entwicklungspfad einschlagen, der Sachsen und seine Regionen an eine selbst tragende Wirtschaftsentwicklung heranführt. Des Weiteren möchte sie in der Wirtschafts- und Arbeitsförderung „regionale Verantwortungsgemeinschaften“ schaffen. DIE LINKE strebt eine „Umkehr in der Förderpolitik Sachsens“ an – hin zu einer deutlich stärkeren Orientierung auf binnenwirtschaftlich agierende sowie beschäftigungsintensive Unternehmen und regionale Wirtschaftskreisläufe.

## 1.2 Beschäftigungspolitik

Auf dem Feld der Beschäftigungspolitik greifen DIE LINKE und DIE GRÜNEN die gewerkschaftliche Forderung nach „**Guter Arbeit**“ auf, während die SPD von „fairer Arbeit“ spricht. Inhaltliche Differenzen lassen sich allerdings kaum erkennen. Nach Auffassung der LINKEN bedeute „Gute Arbeit“ mehr als guten Lohn. „Gute Arbeit“ heiße auch weniger Anteil der Lohnarbeit am eigenen Leben, so dass mehr Platz bleibt für Familie, Beziehung, Freundinnen und Freunde, Kunst, Kultur und andere Lebensbereiche. „Gute Arbeit“ sei auch durch sichere und gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen gekennzeichnet. DIE LINKE strebt gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und eine gerechtere Entlohnung für frauenspezifische Berufe besonders im Pflege-, Erziehungs- und Dienstleistungsbereich an. Das sehen GRÜNE und SPD durchaus ähnlich.

Auch die SPD will die Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen der Menschen konkret und spürbar verbessern und tritt für faire Arbeit und gerechtere Bezahlung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein. Die SPD will die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern und Alleinerziehende besonders unterstützen. Dabei dürfe sich die Möglichkeit, Arbeits- und Familienleben in Einklang zu bringen, „nicht ausschließlich“ an den Bedürfnissen der Arbeitgeber orientieren. Möglichkeiten sieht die SPD in verlässlichen Arbeitszeiten, Arbeitszeitkonten, Telearbeit, Zeitanparmodellen oder in einer sogenannten „Familienzeit“, nach der Eltern künftig ihre Arbeitszeit auf 32 Stunden pro Woche reduzieren können und in Kompensation eine Lohnersatzleistung erhalten. Nach Auffassung der SPD gehöre zum Grundsatz „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ auch die Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, die Überwindung der Konzentration von Frauen auf nur wenige Berufe und die Beendigung der Lohndiskriminierung von Frauen.

Alle drei Parteien sehen in der **Zurückdrängung prekärer Beschäftigungsverhältnisse** eine wichtige Aufgabe – wenn auch mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen. So wollen DIE GRÜNEN den gesetzlichen *Mindestlohn* von 8,50 Euro zügig und konsequent umsetzen, und zwar ohne Ausnahmen und ungerechtfertigte zeitliche Verzögerungen. Sie plädieren für ein Landesmindestlohngesetz, das den Mindestlohn für die Beschäftigten des Freistaates und der Kommunen sowie für die Beschäftigten von Unternehmen, die von Aufträgen der öffentlichen Hand leben, garantiert.

Für die SPD sei eine starke Wirtschaft untrennbar mit fairer Arbeit verbunden. Ein „Niedriglohnland“ Sachsen mit Lohndumping und der Abbau von Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechten seien sozial ungerecht, würden die Abwanderung fördern und den Standort Sachsen schwächen. Eine moderne Sozialpartnerschaft mit echter Mitbestimmung durch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer garantiere hingegen faire Arbeit, ein sicheres Einkommen und einen guten Lebensstandard. Der auf Bundesebene vereinbarte gesetzliche, flächendeckende Mindestlohn von 8,50 Euro sei auf diesem Wege ein geeignetes Instrument. Die SPD verspricht, die Fördermittelvergabe stärker an Kriterien der fairen Arbeit (Tarifbindung, Anteil der Leiharbeit) auszurichten.

DIE LINKE hält Dumpinglöhne und schlechte Arbeitsbedingungen für nicht akzeptabel. Sie tritt für eine ordentliche tarifliche Bezahlung, wenigstens jedoch für einen gesetzlichen Mindestlohn, ein und möchte dies zur verbindlichen Bedingung für die Vergabe öffentlicher Aufträge machen. DIE LINKE steht für einen Mindestlohn in Höhe von zehn Euro pro Stunde.

Nach dem Willen der LINKEN sollen öffentliche Fördermittel „grundsätzlich an Tarife und Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“ gebunden werden. Nur Unternehmen mit einem Anteil von weniger als zehn Prozent Beschäftigten in *Leiharbeitsverhältnissen* an der Belegschaft können nach den Plänen der LINKEN Investitionsförderungen im vollen Umfang erhalten. Bei einer Quote von mehr als 30 Prozent soll die Förderung komplett entfallen.

DIE GRÜNEN wollen, dass die Leiharbeit wieder ein sozialverträgliches Instrument zum Abfedern von Auftragsspitzen wird. Hierzu setzen sie sich für „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ ab dem ersten Tag im Betrieb ein und verlangen die Einführung eines Flexibilitätsbonus für Leiharbeiter/innen. Zudem wollen sie die Quote der Leiharbeit in einem Unternehmen auf maximal 10 Prozent begrenzen, um so dem Missbrauch von Leiharbeit einen Riegel vorzuschieben.

Die SPD will den Missbrauch von Leiharbeit und Werksverträgen beenden, indem der Grundsatz „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ endlich ohne Ausnahme durchgesetzt wird, und die Leiharbeit wieder zu ihrem ursprünglichen Zweck zurückführen. Zur Eindämmung der prekären Beschäftigungsverhältnisse im Hochschulbereich will die SPD im Dialog mit den Hochschulen verbindliche Mindeststandards für Arbeitsverhältnisse festlegen. Sie will auch die Arbeitsbedingungen von Lehrbeauftragten, Honorarkräften sowie studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften verbessern und ihre Mitsprache über ein modernes sächsisches Personalvertretungsgesetz sichern. Die SPD schreibt: „Um einer zunehmenden Verlagerung von Beschäftigungsverhältnissen der sozialen Arbeit in den Niedriglohnsektor entgegenzuwirken, brauchen wir insbesondere in Sachsen eine deutliche Aufwertung der sozialen Arbeit.“

Alle drei Parteien wollen mit einer **aktiven Arbeitsmarktpolitik** (ohne dass SPD und GRÜNE mit diesem Begriff operieren) dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel begegnen – allerdings mit unterschiedlichen Instrumenten. DIE LINKE möchte mit einem Landesarbeitsmarktprogramm mit den Schwerpunkten berufliche Weiterbildung, Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Abbau von Zugangsbarrieren zur Erwerbstätigkeit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik in Sachsen eine neue Grundlage geben. Ziel sei es, die paradoxe Situation aufzulösen, dass einer verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit gleichzeitig ein wachsender Fachkräftemangel gegenübersteht.

Für die Umsetzung dieses Landesarbeitsmarktprogramms soll auf Landesebene ein paritätisch besetzter Beirat gebildet werden, dem neben Vertreterinnen und Vertretern der öffentlichen Hand, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber auch solche von Erwerbsloseninitiativen angehören. Diesem Beirat wird unter anderem die Aufgabe obliegen, die bislang unzureichend abgestimmten

arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten von Europäischer Union, Bund, Land, Kommunen und Bundesagentur für Arbeit zu koordinieren.

DIE LINKE will besonders öffentliche Arbeitsplätze fördern, um vielen Menschen eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Sie erklärt sich auch bereit, privatwirtschaftliche Arbeitsplätze zu unterstützen, wenn damit sozial gerechte sowie mitbestimmte Arbeits- und Entlohnungsbedingungen unterstützt werden. DIE LINKE strebt eine gezielte Landesförderung zur Schaffung und Sicherung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze vor allem in strukturschwachen Regionen an (z. B. in der Tourismuswirtschaft). Mit einem Förderprogramm „Fachkräftesicherung“ will DIE LINKE einerseits sächsische kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) und andererseits sächsische Kommunen bei der Entwicklung von Arbeits-, Lern- und Lebensbedingungen unterstützen, die geeignet sind, Fachkräfte im Freistaat zu halten bzw. nach Sachsen zu holen.

Um einem gravierenden Fachkräftemangel in Sachsen vorzubeugen, wollen DIE GRÜNEN nicht nur die bisherige Niedriglohnpolitik der Staatsregierung beenden, sondern auch die Qualität von Arbeitsplätzen verbessern. Darüber hinaus sehen DIE GRÜNEN die aktive Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten, Älteren sowie Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt als wichtige arbeitsmarktpolitische Aufgabe an. DIE GRÜNEN wollen die Vorrangprüfung für ausländische Staatsbürger/innen aufheben, damit alle Menschen, die rechtmäßig oder geduldet in Deutschland leben, berechtigt sind zu arbeiten. GRÜNE wie SPD verlangen, die Anerkennung der im Ausland erworbenen Berufsabschlüsse und Qualifikationen weiter zu beschleunigen.

Nach Auffassung der GRÜNEN müssen die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose verbessert werden, indem das Erlangen anerkannter Berufsabschlüsse gefördert werde und die Aktivierungs- und Anpassungsqualifizierung von Langzeitarbeitslosen stärker bei Unternehmen angesiedelt werde. „Eine flächendeckende Weiterbildungsberatung für Arbeitslose und geringqualifizierte Beschäftigte sollte im Rahmen der Sozialgesetzgebung ermöglicht werden.“ Statt lebensfremder Sanktionsmechanismen bedürfe es einer von den Sozialleistungsträgern unabhängigen qualifizierten Beratung für Betroffene, wie unabhängiger Ombudsstellen, die sich mit Beschwerden und unklaren Rechtsauslegungen befassen.

Übereinstimmend planen SPD, GRÜNE und LINKE die Schaffung eines **sozialen Sektors auf dem Arbeitsmarkt**, den die SPD als „Kommunal-Kombi“, DIE GRÜNEN als „sozialen Arbeitsmarkt“ und DIE LINKE als „öffentlich geförderten Beschäftigungssektor“ bezeichnen. Er solle Langzeitarbeitslosen bzw. Menschen, die keine Chance auf Vermittlung haben, langfristig neue Perspektiven durch sinnstiftende sozialversicherungspflichtige Beschäftigung schaffen. DIE GRÜNEN setzen dabei auf Sozialunternehmen, die in der EU-Strukturfondsperiode 2014 bis 2020 über den Europäischen Sozialfonds erstmals förderfähig werden, führen aber ansonsten ihre Vorstellungen zum „sozialen Arbeitsmarkt“ nicht weiter aus.

Die SPD will dem Grundsatz folgen „Es ist besser, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren“ und Bundes-, Landes- und kommunale Gelder zusammenführen. Das Programm dürfe bestehende Arbeitsplätze nicht gefährden und solle die speziellen Belange von Menschen mit Behinderung und chronischen Erkrankungen besonders berücksichtigen. DIE LINKE möchte durch die Bündelung der Fördermittel von EU, Bund, Ländern, SGB II und SGB III, ergänzt durch kommunale Mittel und Eigenmittel der Träger, mindestens 20.000 sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Arbeitsplätze mit mindestens dreijähriger Beschäftigungsdauer schaffen.

## **2. Haushaltspolitik**

Nach Auffassung aller drei Parteien ist solide Haushaltspolitik die Voraussetzung für Gestaltungsfähigkeit. Statt auf Schulden setzen sie auf eine intelligente Schwerpunktsetzung im Haushalt und auf sozial und wirtschaftlich ausgewogene Einnahmeverbesserungen auf Landes- und Bundesebene. Die SPD will die öffentlichen Haushalte weiterhin konsequent entschulden, aber es bedürfe auch des notwendigen finanziellen Spielraums, um nachhaltig in die Zukunft Sachsens investieren zu können. Für Zukunftsinvestitionen möchte die SPD 2,75 Milliarden Euro in den nächsten zehn Jahren zusätzlich in die Hand nehmen (jährlich 275 Millionen Euro). Auf der Ausgabenseite setzen DIE GRÜNEN den Schwerpunkt vor allem auf die Bildung. Die SPD möchte allgemeiner „in die Zukunft unserer Kinder“ investieren, und DIE LINKE nennt die Felder „gute Bildung“, „gerechte Kinder- und Jugendpolitik“, „flächendeckendes Gesundheitswesen“, „bedarfsgerechte Angebote im ÖPNV“ und „Sport- und Kultureinrichtungen“. Bezüglich des Finanzbedarfs für die Vorhaben auf den einzelnen Gebieten bleiben die Programme diffus.

Hinsichtlich der Einnahmeseite setzt der Landesverband Sachsen der Partei DIE LINKE auf die Vorschläge der Bundespartei aus dem Bundestagswahlkampf – wohl wissend, dass es sich dabei um „originäre Bundespolitik“ handelt (deutliche Anhebung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensbesteuerung; Wiedereinführung der Vermögenssteuer; sozial gerechte Anpassung der Erbschaftssteuer; Millionärssteuer; Finanztransaktionssteuer). Hinsichtlich der EU-Fördermittel tritt DIE LINKE dafür ein, dass die aus der Höchstförderung herausfallenden Regionen, wie die ostdeutschen Regionen einschließlich der Phasing-Out-Regionen wie Leipzig, solange eine Übergangsförderung (Zwischenkategorie) erhalten, die zwei Drittel des bisherigen Förderumfangs beträgt, wie dies entwicklungspolitisch erforderlich sei.

DIE GRÜNEN und die SPD setzen bei der Einnahmeseite auf den konsequenten Kampf gegen Steuerhinterziehung und andere Steuerstraftaten. In diesem Kontext will die SPD die Möglichkeit der Strafbefreiungen durch eine Selbstanzeige auf geringe Geldsummen begrenzen, sich finanziell am Ankauf sogenannter Steuer-CDs beteiligen und die Personalausstattung der Steuerfahndung und der Bußgeld- und Strafsachenstellen verbessern.



Die SPD und DIE GRÜNEN wollen mit der Strategie des Gender-Budgeting die Haushaltspolitik des Freistaates auf die geschlechtergerechte Verteilung der Ressourcen überprüfen. DIE LINKE und die SPD streben die Übertragung von Regionalbudgets an „regionale Verantwortungsgemeinschaften“ an. DIE GRÜNEN fordern eine jährliche Haushaltsaufstellung und wollen mehr Bürger/innen-Beteiligung bei der Haushaltsaufstellung auf Landesebene ermöglichen. Nach Meinung der SPD dürften die haushalts- und demographie-begründete Reduzierung der Zahl der öffentlich Bediensteten und die Erschließung weiterer Effizienzreserven innerhalb der Verwaltung nicht zu einem Ausbluten des öffentlichen Sektors führen.

### **3. Umweltschutz-, Verbraucherschutz- und Energiepolitik und Entwicklung regionaler Versorgungsträger**

#### **3.1 Umweltschutzpolitik**

Alle drei Parteien wollen dem bedrohlichen **Klimawandel** begegnen und treten für eine nachhaltige Energie- und Umweltpolitik ein. Die SPD setzt dabei auf qualitatives Wachstum und ressourceneffizientes Wirtschaften – auf Effizienztechnologien, Erneuerbare Energien, Materialwirtschaft und Rohstoffrecycling. Die SPD erklärt, sie stehe für eine Politik der Ausgewogenheit von Ökologie, Ökonomie und Sozialem. Die Interessen der Wirtschaft müssten mit den Schutzbelangen der Umwelt in Einklang gebracht werden. Konkrete Klimaschutzziele formuliert die SPD nicht.

DIE GRÜNEN stellen den Klimaschutz in den Mittelpunkt politischen Handelns und wollen die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 auf eine Tonne pro Kopf vermindern. Sie fordern, Sachsen müsse in der EU-Förderperiode 2014 bis 2020 mindestens 15 Prozent der Mittel im sogenannten „Operationellen Programm des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung“ für den Klimaschutz einsetzen. DIE LINKE möchte die Gesamtmenge der CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2020 um mindestens 65 Prozent gegenüber dem Basisjahr 1990 reduzieren.

GRÜNE, LINKE und SPD wollen den negativen Auswirkungen des Verkehrs nicht nur auf das Klima (Schadstoffe, Lärm, zunehmender Landschaftsverbrauch) mit geeigneten Maßnahmen ihrer **Verkehrspolitik** begegnen. Sie setzen dabei auf eine stärkere Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und auf den Ausbau des Rad-, Fuß- und öffentlichen Verkehrs sowie des Car-Sharings als Alternativen zum eigenen Auto. DIE LINKE und die SPD streben – insbesondere durch den Ausbau des Radverkehrsnetzes – eine Erhöhung des Rad-Verkehrsanteils in Sachsen von derzeit ca. zehn Prozent auf 20 Prozent im Jahr 2025 an.

Alle drei Parteien wollen für gute und bezahlbare Mobilität für alle sorgen und den ÖPNV (einschließlich eines integrierten Taktfahrplanes) ausbauen und besser finanzieren. Der Bahnverkehr soll ausgebaut und namentlich der südwestsächsische Raum mit Chemnitz wieder an das Fernbahnnetz angeschlossen werden. Der SPD und den

GRÜNEN liegen zudem die enge Verknüpfung Sachsens mit dem nationalen und internationalen Schienenverkehr und eine durchgehende Verbindung von Dresden über Freiberg, Chemnitz und Plauen nach Nürnberg (Sachsen-Franken-Magistrale) am Herzen. Die SPD drängt darüber hinaus auf den Ausbau der Verbindung Dresden-Berlin, DIE GRÜNEN präferieren die Elektrifizierung der Strecke Dresden-Görlitz und den Ausbau der Strecke Görlitz-Cottbus.

Die SPD setzt auf einen sächsischen Gesamtverkehrsverbund, damit sachsenweit ein einheitlicher Tarif und die gleichen Beförderungs-Bedingungen gelten. Sie will die Verknüpfung des Radverkehrs mit Bus und Bahn stärker fördern und mittelfristig eine kostenlose Fahrradmitnahme in ganz Sachsen erreichen. Sie fordert einen angebotsorientierten ÖPNV zu „erschwinglichen Preisen“ und mit alternativen Bedienformen (wie Anrufbusse, Bürgerbusse und Anrufsammeltaxis) sowie die Förderung von Elektromobilität. Die Partei plädiert zudem für Luftreinhaltepläne, Lärmaktionspläne und die Absenkung der Sanierungsgrenzwerte in der Bundesimmissionsschutzverordnung.

DIE GRÜNEN möchten eine Verkehrswende einläuten und ein Mobilitätsticket einführen, das die Erfüllung der Grundbedürfnisse an Mobilität sicherstellt. Sie planen ein Aktionsprogramm gegen Lärm und für Verkehrssicherheit, das Schallschutzmaßnahmen, ein Nachtflugverbot an Flughafenstandorten zwischen 22 und 6 Uhr, ein generelles Tempolimit von 120 km/h auf sächsischen Autobahnen sowie von 100 km/h auf stadtnahen Autobahnabschnitten und Tempo 30 innerorts als Regelgeschwindigkeit beinhaltet. Die Ausweisung von Abschnitten mit Tempo 50 solle durch Festlegung der Kommunen weiterhin möglich sein.

DIE LINKE tritt für hohe Qualitätsanforderungen an die Mobilitätsangebote des ÖPNV ein und plädiert für eine bessere Abstimmung der Verbindungen von schnellem Schienenpersonenfernverkehr, von Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und von gut getaktetem Regionalverkehr durch eine integrierte Netzgestaltung. Die Partei möchte erreichen, dass langfristig weitere Mittelzentren und die Großstadt Chemnitz an das Mitteldeutsche S-Bahn-Netz angebunden werden.

Alle drei Parteien setzen sich im Sinne der klassischen **Naturschutzpolitik** für den Schutz der Biodiversität ein. Die SPD verfolge eine Naturschutzpolitik des partnerschaftlichen Miteinanders von Umwelt- und Naturschutzverbänden sowie von Wirtschafts- und Sozialpartnern. Sie will das naturschutzrechtliche Vorkaufsrecht wieder einführen, damit Kommunen Schritt für Schritt die erforderlichen Flächen für den Biotopverbund, für Randstreifen an Gewässern sowie für Entwicklungsmaßnahmen in Schutzgebieten (z. B. Fauna-Flora-Habitat-Gebiete) erwerben können. Die SPD will die Waldfläche in Sachsen auf mindestens 30 Prozent der Landesfläche erhöhen und den Waldumbau fördern. DIE LINKE möchte umweltschädliche Subventionen zurückfahren. Sie will kommunalen Baumschutz wieder ermöglichen und kommunale Vorkaufsrechte im Wald-, Wasser- und Naturschutzrecht wieder einführen.

DIE GRÜNEN plädieren für den Aufbau eines landesweiten Biotopverbundes und eine Stärkung der Schutzgebiete und möchten eine naturgemäße Forstwirtschaft und eine

natürliche Waldentwicklung fördern. Sie möchten den Bergbau nachhaltig und naturgerecht gestalten. Der Braunkohlebergbau soll nach den Vorstellungen der Öko-Partei schnellstmöglich Wasserentnahmegeld entrichten. Die daraus resultierenden Einnahmen in Höhe von jährlich circa 1,6 Millionen Euro sollen für die Verbesserung der durch den Braunkohlebergbau geschädigten Gewässer („braune Spree“) verwendet werden.

DIE GRÜNEN, DIE LINKE und die SPD lehnen den Einsatz der **Gentechnik** in der Landwirtschaft ab. Aber während DIE GRÜNEN auf die Wiederbelebung einer bäuerlichen **Landwirtschaft** setzen, die nachhaltig und sozial ist und „die Natur nicht vergiftet“, steht die SPD für eine leistungsfähige, multifunktionale Landwirtschaft, die sowohl im konventionellen Landbau als auch in einem gestärkten ökologischen Landbau nach hohen Qualitätsstandards produziert und die Arbeitsplätze und Einkommen sichert. DIE LINKE will ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen biologischer und konventioneller Wirtschaftsweise herstellen.

DIE GRÜNEN machen sich besonders für den **Öko-Landbau** stark, fordern eine verlässliche finanzielle Förderung bei der Umstellung auf Ökolandwirtschaft und wollen generell den Pestizideinsatz in der Landwirtschaft reduzieren. Auch die SPD will den ökologischen Landbau, regionale Kreisläufe und Vermarktungsstrukturen stärken. DIE LINKE strebt eine mittelfristige Steigerung der ökologisch bewirtschafteten Fläche in Sachsen von derzeit knapp vier Prozent auf 20 Prozent an.

DIE LINKE möchte den **Tierschutz** verbessern. DIE GRÜNEN kämpfen für eine artgerechte Tierhaltung und für das Ende der industriellen Massentierhaltung. Die SPD steht für eine ökologische und tierschutzgerechte Tierhaltung und will den Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung reduzieren und Futtermittelkontrollen verstärken.

Alle drei Parteien engagieren sich für den **Bodenschutz** und wollen den Flächenverbrauch reduzieren. Während DIE GRÜNEN für einen „effizienten und ökologischen **Hochwasserschutz**“ und für die Wiederherstellung und den Schutz natürlicher Bach- und Flusslandschaften plädieren, tritt die SPD für eine „Balance von technischen und natürlichen Hochwasserschutzmaßnahmen“ ein, und DIE LINKE verwendet sich für eine „standortangepasste Mischung aus technischen und naturnahen Hochwasserschutzmaßnahmen“ (einschließlich der Wiederherstellung von Überflutungsflächen). Die SPD will in diesem Kontext die Errichtung eines Entschädigungsfonds für Landwirte prüfen und das wasserrechtliche Vorkaufsrecht für Kommunen wieder einführen, damit die Kommunen auch die notwendigen Flächen für Hochwasserschutz erwerben können.

DIE LINKE und die SPD wollen sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Elbe als Wasserstraße nach wie vor nicht ausgebaut, sondern als Bundeswasserstraße weiter nur unterhalten wird. Da ein Ausbau der Elbe der Umwelt schade und den Hochwasserschutz gefährde, lehnt die SPD ausdrücklich eine Vertiefung der Elbe ebenso ab wie den Bau neuer Staustufen.

Hinsichtlich der **Abfallwirtschaft** steht die SPD für eine – sehr allgemein formulierte – „ressourcenschonende Abfallwirtschaft“, während DIE GRÜNEN und DIE LINKE vor allem auf Müllvermeidung und Recycling setzen. DIE LINKE tritt für eine echte Kreislaufwirtschaft und ein echtes Recycling ein und wünscht eine gesetzlich fixierte höhere Recyclingquote. DIE GRÜNEN wollen durch Rohstoffeffizienz, Verbrauchsreduktion, Recycling und Förderung langlebiger, intelligent konzipierter und wiederverwendbarer Produkte die Grundlagen für eine künftige Wirtschafts- und Produktionsweise schaffen, bei der weitestgehend kein Abfall mehr entsteht und in der die notwendigen Materialien und Wertstoffe in immer besseren Kreisläufen geführt werden.

### 3.2 Verbraucherschutzpolitik

In allen drei Landtagswahlprogrammen spielt das Thema Verbraucherschutz nur eine geringe Rolle. LINKE und GRÜNE wollen den Verbraucherschutz durch verstärkte und transparente Kontrollen der Einhaltung von Grenzwerten verbessern. Die SPD will die Kontrollstruktur so ändern, dass ein gemeinsamer Vollzug von Lebens- und Futtermittelkontrolle gewährleistet wird. Um mehr geeignete Beratungsangebote zu schaffen, wollen GRÜNE und SPD die Verbraucherzentrale Sachsen entsprechend personell und materiell gut ausstatten. DIE GRÜNEN fordern, dass die Zugabe von Inhaltsstoffen auf Verpackungen und in Produktbeschreibungen klar benannt wird. Beim Essen in Kitas und Schulen fordern sie umfassende Transparenz des Essenanbieters über die Zubereitungsformen und Inhalte der Nahrungsmittel.

### 3.3 Energiepolitik

Alle drei Parteien wollen sich für eine **nachhaltige Energiepolitik** einsetzen und plädieren für Energieeffizienz und Erneuerbare Energien. Sie möchten die Entwicklung von Speichertechnologien ebenso fördern wie die energetische Gebäudesanierung. Sie lehnen die Kernenergienutzung ab und wollen sich schrittweise unabhängig von fossilen Energieträgern machen. Der Umstieg auf Erneuerbare Energien soll nach dem Willen der drei Parteien sozial verträglich gestaltet werden. Die SPD erklärt, ihre Energiepolitik ziele auf eine sichere, wettbewerbsfähige, umwelt- und klimaverträgliche sowie bezahlbare Energieversorgung.

DIE GRÜNEN wollen die Erneuerbaren Energien in den Mittelpunkt des Energie-Mixes stellen. Flexible, hocheffiziente Gaskraftwerke, wann immer möglich mit Kraft-Wärme-Kopplung, sollen die Energie aus Sonne und Wind ergänzen und eine Brücke in die Zukunft bilden. In diesem Kontext wollen DIE GRÜNEN den Bau von Photovoltaikanlagen an Gebäuden erleichtern, Biomasse verantwortungsvoll nutzen, die Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien umstellen und Netze intelligent ausbauen, wobei sie Erdkabel als Regelalternative zu Freileitungen fördern möchten. DIE GRÜNEN wollen zudem ein Programm für günstige Investitionskredite für Energiesparmaßnahmen in mittelständischen Unternehmen auflegen. In diesem Kontext plädieren sie bei der

energetischen Gebäudesanierung für einen Anstieg der jährlichen Sanierungsquote auf drei Prozent. Durch die energetische Sanierung von 30 Prozent des Mietwohnungsbestands (circa 400.000 Wohnungen) in den nächsten zehn Jahren wollen sie den Ausstoß von jährlich 350.000 Tonnen klimaschädlichem Kohlendioxid vermeiden. DIE GRÜNEN lehnen Fracking aufgrund der großen Gefahren für die Umwelt ausdrücklich ab.

DIE LINKE will den Übergang zu einer auf erneuerbaren Energien und auf dezentralen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen basierenden Energiewirtschaft beschleunigen. Ein Nahziel sei eine ökologisch vertretbare, akzeptierte und mitbestimmbare, zunehmend dezentrale und stärker mittelständisch geprägte Energie-Wirtschaft und -Struktur, wobei die derzeitigen Strukturen und Machtverhältnisse in der Energiewirtschaft ein Hindernis für eine echte Energiewende seien. Die bestehenden Ungerechtigkeiten durch Ausnahmeregelungen für Großverbraucher von Energie müssten beseitigt und deutlich stärkere Anreize zum Stromsparen in Privathaushalten, in Handwerk und Industrie gesetzt werden. Nach den Vorstellungen der LINKEN könnte ein Anreiz ein spezielles Programm der sächsischen Aufbaubank sein, welche Gelder für Investitionen in energieeffizientere Maschinen zinsgünstig vergibt. Im Sinne einer effektiven Strompreiskontrolle will DIE LINKE die Wiedereinführung der Preisgenehmigungspflicht durch die Landeskartellbehörde prüfen.

Hinsichtlich des **Tempos der Energiewende** gehen die Zielsetzungen von GRÜNEN, LINKE und SPD auseinander: Ziel der SPD ist die Umstellung der Energieversorgung in Sachsen auf 100 Prozent Erneuerbare Energien bis zum Jahr 2050. Dieses Ziel umfasse die Bereiche Strom, Wärme und Mobilität. Die Partei will, dass bereits bis 2030 die Hälfte der gesamten sächsischen Energieversorgung aus Erneuerbaren Energien gedeckt wird. DIE LINKE will die Rahmenbedingungen für einen schrittweisen Umstieg auf erneuerbare Energien im Strom- und Wärmebereich bis spätestens 2050 aktiv gestalten. Bis 2020 sei dafür zunächst der Stromverbrauch zu mindestens 40 Prozent aus erneuerbaren Energien in Sachsen sicherzustellen (aktuell etwa 20 Prozent).

DIE GRÜNEN wollen einen schnellstmöglichen Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare Energien. Sie stellen sich im Rahmen der Energiewende das Ziel, bis 2030 die Stromversorgung Sachsens vollständig auf erneuerbare Energien umzustellen, und streben dies bis 2040 auch im Gebäude- und Wärmebereich an. Sachsen könne bereits in den nächsten zehn Jahren den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung auf 75 Prozent steigern. DIE GRÜNEN wollen im Landesentwicklungsplan das Ziel verankern, bis 2020 zwischen 30 und 50 Prozent des sächsischen Strombedarfs durch Windkraft zu decken.

Unterschiedliche Auffassungen gibt es zwischen den drei Parteien hinsichtlich der weiteren **Braunkohleverstromung**: Während DIE LINKE und DIE GRÜNEN Aufschlüsse neuer Braunkohle-Tagebaue und die Erweiterung bestehender zur energetischen Nut-

zung der Braunkohle stoppen wollen, betrachtet die SPD die Braunkohle als Brückentechnologie, die solange benötigt werde, bis das Ziel einer klimaneutralen Energieerzeugung erreicht sei.

DIE LINKE verfolgt ein schrittweises Ausstiegsszenario aus der Braunkohleverstromung bis zum Jahr 2040. DIE GRÜNEN fordern einen rechtssicheren verbindlichen Braunkohleausstiegsplan mit konkreten Restlaufzeiten bis 2030. Die CCS-Technologie lehnen beide Parteien ab.

### 3.4 Entwicklung regionaler Versorgungsträger

Bei der **Energieversorgung** plädieren SPD, GRÜNE und LINKE eher für dezentrale Lösungen mit einer stärkeren Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern (wie Energiegenossenschaften, Bürgersolaranlagen oder kommunale Windparks). Um den dezentralen Ausbau der Energieversorgung zu unterstützen und die Wertschöpfung vor Ort zu sichern, will die SPD den Ausbau von genossenschaftlichen Erzeugungsanlagen stärker fördern. Dabei gebe es mehrere Optionen: mit Biogas- oder Biomasseanlagen könnten durch Kraft-Wärme-Kopplung beispielsweise Strom und Heizungswärme erzeugt werden. Dies könne ergänzt werden durch die Installation von Photovoltaik-Anlagen.

DIE GRÜNEN plädieren für eine Energiewende von unten. Privathaushalte, Kommunen und regionale Stadtwerke sollen wieder selbst zu Energieproduzenten und dadurch unabhängiger von Konzernen und Preisturbulenzen der Rohstoffbörsen werden. DIE GRÜNEN wollen vorrangig den Bau dezentraler Anlagen für den regionalen Bedarf oder den Eigenbedarf fördern. Der Freistaat solle Städte und Gemeinden bei der Rekommunalisierung der Energieversorgung, der Gründung eigener Stadtwerke oder regionaler Energiedienstleistungsunternehmen unterstützen – aber auch bei Bürger/innen-Kraftwerken, Bürger/innen- und Energiegenossenschaften sowie bei der Finanzierung energetischer Sanierung über Beteiligungsmodelle.

Hinsichtlich einer „Energiewende mit Teilhabe“ sieht dagegen DIE LINKE als zentrales Problem die im Osten generell dünne Eigenkapitaldecke der Bevölkerung, die eine allein bürger/innenfinanzierte Energiewende in Sachsen als Illusion erscheinen lasse. Hier könnten jedoch kommunale Stadtwerke und Energiegenossenschaften – gegebenenfalls mit staatlicher Unterstützung – eine große Hilfe sein. DIE LINKE will Möglichkeiten zur Rekommunalisierung der Energieversorgung durch den Freistaat unterstützen.

Hinsichtlich anderer Bereiche der **Daseinsvorsorge** wenden sich DIE LINKE und die SPD gegen die weitere Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, während sich im Landtagswahlprogramm der GRÜNEN dazu keine Aussagen finden. Nach Auffassung der SPD müsse die Erfüllung öffentlicher Aufgaben einschließlich der Versorgung mit leistungsfähiger Infrastruktur in öffentlicher Hand liegen. Die Erschließung einer Region sei Aufgabe der Daseinsvorsorge und daher nicht allein aus wirtschaftlicher

Perspektive zu bewerten. Die SPD lehnt namentlich weitere Privatisierungen von Krankenhäusern in Sachsen ab. Gesundheitsversorgung werde gerade in Regionen mit Bevölkerungsrückgang eine schwierige Aufgabe sein, die nicht unter dem Druck von Gewinnmaximierung zu leisten sei. Die SPD will – wie DIE LINKE – auch die Sparkassenlandschaft in Sachsen leistungsfähig und regional verankert erhalten.

Während DIE LINKE weitere Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge strikt ablehnt, kann sich die SPD allerdings gewisse Ausnahmefälle vorstellen, in denen eine öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP) auch dem Gemeinwohl Nutzen stiften könnte. Sie warnt jedoch davor, mit dem ÖPP-Instrument die Schuldenbremse zu unterlaufen. Der Nutzen eines ÖPP-Projekts sei durch eine vom Rechnungshof zu prüfende, grundsätzlich öffentlich zu machende Wirtschaftlichkeitsberechnung nachzuweisen. Art und Umfang von ÖPP-Projekten im Freistaat, einschließlich ihrer langfristigen finanziellen Folgen, müssten im Haushalt transparent ausgewiesen sein. „Sale-and-lease-back“-Modelle und vergleichbare Finanzierungsgeschäfte will die SPD ausschließen.

Für DIE LINKE ist der Erhalt öffentlichen Eigentums, insbesondere in den Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge, ein hohes Gut. Schulen, Krankenhäuser, Rehabilitationseinrichtungen sowie stationäre und ambulante Pflegeeinrichtungen müssten in staatlicher Hand bleiben. Die Versorgung mit Wasser und Energie, das Gesundheitswesen, die Bildung und vieles mehr sollen nach Auffassung der Partei nicht dem Profitstreben unterliegen, sondern in wirtschaftlich sinnvoller Weise allen zugutekommen.

DIE LINKE tritt dafür ein, dass in allen Landesteilen Sachsens eine Grundausstattung mit Infrastrukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge gesichert bzw. geschaffen wird und dass darüber hinaus die barrierefreie sowie kostengünstige Mobilität aller Einwohnerinnen und Einwohner ermöglicht wird. Öffentliche Unternehmen müssten nach Auffassung der Partei gestärkt werden. Dabei müssten sich Öffentliche Unternehmen strikt am Gemeinwohlinteresse orientieren.

Möglichkeiten zur Rekommunalisierung von Aufgaben der Daseinsvorsorge will DIE LINKE unterstützen. Nach Auffassung der LINKEN müsse eine angemessene Zahl von Sozial-, Kinder- und Gesundheitseinrichtungen in öffentliche Trägerschaft überführt werden. Zugleich tritt die Partei für eine breite Vielfalt freier Träger ein und wendet sich damit gegen eine fortschreitende Konzentration von sozialen Einrichtungen bei großen Verbänden. DIE LINKE setzt sich zudem dafür ein, den Internetzugang als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Gemeindeordnung zu verankern, um die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen zu erweitern.

#### **4. Justiz- und Rechtspolitik**

Die SPD, DIE GRÜNEN und DIE LINKE wollen die **Unabhängigkeit der Justiz** in Sachsen stärken und setzen sich deshalb für die Einführung eines Richter/innen-Wahl-

ausschusses ein. Sie plädieren dafür, die sächsische Justiz schrittweise in einen Status der Selbstverwaltung zu überführen, und treten für eine bessere personelle Ausstattung der Justiz ein. Zudem müsse die hierarchische Anbindung der Staatsanwaltschaften als Organe der Strafrechtspflege an die Exekutive (d. h. das Justizministerium) beendet werden, damit die Staatsanwaltschaften in politischer Neutralität und sachlicher Unabhängigkeit ihre Aufgaben erfüllen können.

LINKE und GRÜNE möchten den gleichen Zugang aller Bürgerinnen und Bürger zum Recht – unabhängig von ihrer finanziellen Situation – sicherstellen. SPD und GRÜNE wollen die Widerspruchsverfahren beibehalten. DIE LINKE will mit der weiteren Etablierung außergerichtlicher Konfliktlösungsverfahren und der Förderung der Mediationskultur zu einer Entlastung der Gerichte beitragen und die friedensstiftende, versöhnende Vermittlung von Konfliktbewältigungsstrategien bestärken.

DIE LINKE und DIE GRÜNEN sprechen sich dafür aus, dass in der **sächsischen Landesverfassung** die Informationsfreiheit verankert wird. DIE GRÜNEN wollen das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung um seine digitale Dimension und das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis um das Recht auf eine unbeobachtete Kommunikation im Internet erweitern. Sie treten dafür ein, die Staatsziele Klimaschutz und Erhalt der Biodiversität in die Verfassung aufzunehmen. Die SPD und DIE LINKE möchten Kinderrechte in der sächsischen Verfassung verankern. Die SPD will im Kampf gegen jede Form der Diskriminierung die Gleichheitsrechte im Grundgesetz Artikel 3 und im Artikel 18 der sächsischen Landesverfassung um die sexuelle Identität ergänzen. DIE LINKE fordert insbesondere folgende, die demokratische Verfasstheit des Rechtsstaats in Sachsen stärkende Verfassungsänderungen:

- „Konkretisierung des Sozialstaatsgebotes der Verfassung als Ausprägung des Rechtsstaatsgebotes bis hin zu Sozialleistungsgarantien für die Bürgerinnen und Bürger. [...]
- Einführung eines Staatszieles, welches Land und Gesellschaft verpflichtet, den die Demokratie im Kern bedrohenden rassistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Aktivitäten engagiert und offen entgegenzutreten (sogenannte antifaschistische Klausel).
- Einführung des Benachteiligungsverbot für Menschen mit Behinderung in die Verfassung in Anpassung an den dazu bereits seit Jahren geltenden Art. 3 des Grundgesetzes. [...]
- Einführung einer »Privatisierungsbremse« in die Verfassung, nach der Eigentum des Freistaates Sachsen sowie kommunales Eigentum nur mit Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger privatisiert werden darf.
- Ermöglichung der Verstaatlichung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln sowie von klassischen Daseinsvorsorgeeinrichtungen zur Sicherung der Erfüllung der Daseinsvorsorgeaufgaben des Staates. [...]
- Verfassungsgarantie für eine unentgeltliche Hochschulbildung (Studium) für alle.“



Hinsichtlich der **Gesetzgebung** verlangen DIE LINKE, DIE GRÜNEN und die SPD ein modernes *Vergabegesetz* in Sachsen. Es soll garantieren, dass öffentliche Aufträge des Landes sowie der Kommunen im Freistaat Sachsen sich an sozialen und ökologischen Standards unter Berücksichtigung der Inklusion ausrichten und zukünftig nur noch an tariftreue Unternehmen vergeben werden dürfen. Damit soll – so die SPD – sowohl dem Lohndumping aktiv begegnet, als auch ein sicherer, fairer Wettbewerb zum Wohle der heimischen Unternehmen garantiert werden.

Die SPD, DIE GRÜNEN und DIE LINKE wollen das *Schulgesetz* grundlegend reformieren. Dazu fordert DIE LINKE die Einbeziehung aller Beteiligten im Rahmen eines bildungspolitischen Runden Tisches. Der Besonderheit des sorbischen Schulwesens sei nach dem Willen der LINKEN dadurch Rechnung zu tragen, dass vor allem der weiteren Auflösung des sorbischen Schulnetzes ein rechtlicher Riegel vorgeschoben wird. Per gesetzlicher Regelung solle das bilinguale 2-plus-Konzept Planungssicherheit erhalten und zudem demokratisch legitimierten Vertretungen der Sorbinnen und Sorben ein einklagbares Mitspracherecht an ihren Schulangelegenheiten verbrieft werden. Die SPD will Schulsozialarbeit im Schulgesetz verankern und für deren dauerhafte Förderung sorgen. Sie will das „Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft“ im Sinne des von ihr mit initiierten Verfassungsgerichtsentscheidendes novellieren.

DIE LINKE, DIE GRÜNEN und die SPD verlangen die Novellierung des sächsischen *Hochschulfreiheitsgesetzes*, um insbesondere die Verfasste Studierendenschaft wieder herzustellen. Bei der Novelle des *Wissenschaftszeitvertragsgesetzes* will die SPD im Bundesrat auf Standards für Mindestbefristungen und auf die Aufhebung der Tarifsperre drängen. Der Grundsatz „Daueraufgaben an den Hochschulen sollen über Dauerstellen abgesichert werden“ müsse umgesetzt werden.

DIE LINKE und die SPD fordern ein *Bildungsurlaubsgesetz* bzw. ein *Weiterbildungsfreistellungsgesetz* oder *Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz* für Sachsen, u. a. mit der Möglichkeit, fünf bezahlte Arbeitstage pro Jahr für Fort- und Weiterbildungsangebote nutzen zu können. DIE GRÜNEN wollen – ohne dies näher auszuführen – in einem *Bildungsfreistellungsgesetz* den Anspruch auf bezahlte Freistellung für Weiterbildung gesetzlich verankern.

Alle drei Parteien plädieren für ein *Informationsfreiheitsgesetz* bzw. ein *Informationsfreiheits- und Transparenzgesetz* für Sachsen und setzen sich für den Datenschutz ein. Die SPD will auf Bundesebene für ein wirksames *Arbeitnehmer-Datenschutzgesetz* eintreten.

Um die Lohndiskriminierung von Frauen zu überwinden, plädiert die SPD für ein *Entgeltgleichheitsgesetz*. Sie tritt für die Gleichstellung der Geschlechter ein und will mit einem modernen *Gleichstellungsgesetz* dafür die rechtliche Grundlage legen. Die Partei will sich zudem für ein sächsisches *Inklusionsgesetz* einsetzen und plädiert für ein *Sportfördergesetz*.

DIE LINKE fordert ein *Antidiskriminierungsgesetz* für Sachsen, in dem auch ein *Verbandsklagerecht* für Interessenvertretungen festgeschrieben wird. Die Partei will das Kommunalrecht im Sinne der Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und Mitsprache modernisieren. DIE GRÜNEN und DIE LINKE verlangen ein *Verbandsklagerecht* für Tierschutzverbände. DIE GRÜNEN wollen ein sächsisches *Klimaschutzgesetz* einführen.

In der **Drogenpolitik** plädieren DIE LINKE und DIE GRÜNEN für eine Entkriminalisierung des Drogenkonsums und für Drogenpräventionsangebote und für Aufklärung statt Strafe und Repression. Die SPD will eine Versachlichung (keine Entkriminalisierung!) der Drogenpolitik und setzt auf Prävention in den Schulen und Kommunen, Hilfe für Suchtgefährdete und Suchtkranke sowie eine effiziente Strafverfolgung der Drogenproduktion und des Drogenhandels. „Neben unserem Einsatz für die Stärkung der Suchtprävention und der Hilfe für Betroffene werden die Einhaltung der gesetzlichen Regulierungen zur Angebotsreduzierung von Suchtmitteln und allgemeine Verbote wie das Nichtraucherschutzgesetz, das Jugendschutzgesetz und das Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln konsequent durchgesetzt und bei Verstößen entsprechend sanktioniert.“ Aber: „Die SPD wird sich für eine bundeseinheitliche Festlegung der Kriterien für die Einstellung von strafrechtlichen Ermittlungsverfahren nach § 31 a BtMG in Fällen des Eigenverbrauchs von Cannabis in geringen Mengen einsetzen.“

DIE LINKE, DIE GRÜNEN und die SPD plädieren für eine gut ausgestattete und gut ausgebildete **bürgernehe Polizei**, die flächendeckend im Land präsent ist und überall gleichermaßen wirkungsvoll die öffentliche Sicherheit gewährleistet. Polizei vor Ort – so DIE LINKE und DIE GRÜNEN – sei besser als die Videoüberwachung öffentlicher Räume. DIE LINKE tritt dafür ein, dass öffentliche Sicherheit und die damit zusammenhängenden hoheitlichen Aufgaben nicht privatisiert werden. Sie ist wie DIE GRÜNEN für die Einführung einer generellen Kennzeichnungspflicht aller uniformierten Polizeibediensteten. DIE GRÜNEN und DIE LINKE schlagen die Einsetzung einer durch den Landtag zu wählenden unabhängigen Polizeikommission bzw. einer unabhängigen Polizei-Ombudsstelle beim Landtag mit weitreichenden Akteneinsichts- und Befragungsrechten vor, die Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern und aus Polizeikreisen nachgeht und etwaige Missstände in Eigeninitiative untersuchen kann.

Nach Auffassung der GRÜNEN müsse der Rechtsschutz der Bürgerinnen und Bürger gegen Grundrechtseingriffe gestärkt werden. Insbesondere die polizeiliche Überwachung von Kommunikation und Computersystemen bedürfe enger rechtlicher und grundrechtskonformer Grenzen. DIE GRÜNEN kritisieren die stetige Ausweitung der polizeilichen Befugnisse und fordern die Evaluation der Sicherheitsgesetzgebung im Freistaat hinsichtlich ihrer Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit analog zur entsprechenden Evaluation auf Bundesebene. Sie lehnen die erweiterte Bestandsdatenabfrage im Polizeirecht und für den Verfassungsschutz ab.

Alle drei Parteien wollen den **Strafvollzug** modernisieren. Ziel der GRÜNEN seien die Vermeidung von Haftstrafen insbesondere bei leichter Kriminalität und ein funktionierender Täter-Opfer-Ausgleich. SPD und LINKE stellen Prävention und Resozialisierung in den Mittelpunkt. Das beinhaltet nach Auffassung der LINKEN eine Vorrangstellung des offenen Vollzugs durch Umgestaltung der strukturellen Bedingungen des Strafvollzuges. In diesem Kontext lehnt DIE LINKE den sogenannten Warnschussarrest für jugendliche und heranwachsende Straftäterinnen und Straftäter kategorisch ab. „Nicht das Strafrecht muss verschärft werden, sondern die strukturellen Bedingungen in unserer Gesellschaft müssen bedeutend verbessert werden. Und so bleibt es dabei: Eine gute Sozialpolitik ist der beste Schutz vor Kriminalität.“

Das sieht die SPD ähnlich: „Prävention ist ein Herzstück sozialdemokratischer Kriminalpolitik.“ Auch im Freistaat Sachsen sei eine gute, vorsorgende Sozialpolitik die beste Kriminalpolitik. Dort, wo Prävention nicht greife, müsse effektive und schnelle Strafverfolgung in einem rechtsstaatlichen Verfahren zu schuldangemessenen Strafen führen. Resozialisierung und Sorge für die Opfer seien zwei Seiten einer Medaille. Die SPD will die Möglichkeiten der Opferberatungsstellen ausbauen, Opfer von Straftaten vor, während und nach dem Strafverfahren zielgerichtet zu begleiten und zu unterstützen, und spricht sich für den Täter-Opfer-Ausgleich aus. Die SPD lehnt eine Privatisierung des Strafvollzugs ab.

## 5. Bildungspolitik

In der Bildungspolitik plädieren SPD, GRÜNE und LINKE für **lebenslanges Lernen**, für das der Staat und die Kommunen gute Rahmenbedingungen schaffen müssten, und für eine hochwertige und gebührenfreie Bildungsinfrastruktur in Sachsen. Nach Auffassung der SPD dürften die Zukunftschancen junger Menschen nicht von ihrer Herkunft abhängen. Sie möchte in den kommenden zehn Jahren zusätzlich 2,75 Milliarden Euro in die Bildungspolitik investieren und setzt sich für eine gute Aus- und Fortbildung der Fachkräfte ein. Sie will eine akademische Ausbildung in frühkindlicher Pädagogik für mindestens 20 Prozent der Fachkräfte ermöglichen.

Für DIE LINKE sei der kostenlose Zugang zu allgemeiner, kultureller und beruflicher Bildung Voraussetzung für einerseits individuelle Lebensperspektiven auch jenseits der Erwerbsarbeit und andererseits für qualifizierte Fachkräfte in der Wirtschaft sowie für Berufsperspektiven von Erwerbstätigen. Ein wirklich freier Zugang zu Bildungsangeboten erfordere Gebührenfreiheit von der frühkindlichen Bildung und Betreuung über Schule und Studium bis zur Berufs- und Weiterbildung.

Alle drei Parteien plädieren für eine inklusive Bildung. Sie wollen die Medienbildung als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe, die Vermittlung von Medienkompetenz und die kulturelle Bildung fördern.

SPD, GRÜNE und LINKE räumen der frühkindlichen Bildung und Erziehung in **Krippen** und **Kindergärten** einen hohen Stellenwert ein und wollen deren Qualität verbessern. Insbesondere soll der Betreuungsschlüssel abgesenkt werden, um mehr Zeit für die individuelle Förderung zu haben. Die SPD strebt die schrittweise Senkung des realen Betreuungsschlüssels in den Krippen auf 1:4, im Kindergarten auf 1:10 und im Hort auf 1:16 an. DIE GRÜNEN wollen langfristig den Betreuungsschlüssel auf 1:4 in der Krippe und auf 1:10 im Kindergarten verbessern. In einem ersten Schritt wollen sie 90 Millionen Euro zur Verbesserung des Personalschlüssels auf 1:5 und 1:12 zur Verfügung stellen. DIE LINKE verlangt mittelfristig eine Absenkung des Betreuungsschlüssels auf 1:4 in der Krippe, auf 1:10 im Kindergarten und auf 1:17 im Hort.

Kinder sollen nach dem Willen der SPD wohnortnah und ganztags in die Kita gehen können. Der Besuch der Kitas soll für alle Kinder gebührenfrei sein. Die SPD will Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren ausbauen, die integrierte Leistungen für Kinder- und Familienbetreuung anbieten. DIE GRÜNEN möchten insbesondere die Aus- und Weiterbildung von Erzieher/innen verbessern. DIE LINKE verlangt, mehr Erzieherinnen und Erzieher für Kindertageseinrichtungen auszubilden und selbstverständlich auch ordentlich zu bezahlen. DIE LINKE will kurzfristig die jährliche Kita-Pauschale von 1.875 Euro pro Kind auf mindestens 2.400 Euro anheben. Langfristig sei die Kita-Pauschale zu dynamisieren, um die zu erwartenden steigenden Personal- und Betriebskosten für die Kommunen finanzierbar zu machen.

Auf dem Feld der **schulischen Bildung** plädieren DIE LINKE, DIE GRÜNEN und die SPD für eine Gemeinschaftsschule, in der Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam lernen, damit allen der gewünschte Schulabschluss ermöglicht wird. Sie wollen in diesem Kontext mehr Ganztagschulen schaffen, streben eine Demokratisierung der Schulen an und möchten ihre Eigenverantwortung stärken. Sie möchten die Fachkräfte-Schüler-Relation verbessern, Schulsozialarbeit zu einem festen Bestandteil des schulischen Systems machen und die Lehr- und Lernmittelfreiheit sicherstellen.

Die SPD setzt auf eine Qualitätsoffensive in allen sächsischen Bildungseinrichtungen und will die Qualität der Schulabschlüsse sowie die Ausbildungsfähigkeit deutlich verbessern. Sie plädiert für ein „Digitales Klassenzimmer“ mit dem verstärkten Einsatz von elektronischen Lehr- und Lernmitteln. Die SPD will das sächsische Schulnetz stabilisieren und seine weitere Ausdünnung vermeiden. Die freien allgemeinbildenden Schulen seien ein wichtiger Teil der Bildungslandschaft in Sachsen, deren Finanzierung auf solide und transparente Füße zu stellen sei. Über die beitragsfreie Schülerbeförderung hinaus will die SPD als zusätzliche Option ein Bildungsticket für 10 Euro im Monat einführen, das für Schülerinnen und Schüler sowie für Auszubildende gelten soll.

DIE GRÜNEN stellen die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler in den Mittelpunkt und wollen den Lehrer/innenberuf attraktiver gestalten. Sie streben an, dass an Schulen demokratisches und zivilgesellschaftliches Engagement, soziale Verantwortung und religiöse Toleranz gelernt und gelebt werden. Die Öko-Partei fordert

die Gleichstellung von Schulen in freier und in staatlicher Trägerschaft. Sie tritt für ein gemeinsames Pflichtfach Ethik für alle Schüler/innen ab dem fünften Schuljahr ein, will aber die Möglichkeit des Religionsunterrichts an den Schulen erhalten.

Schwerpunkt LINKER Bildungspolitik bleibe die Überwindung des gegliederten Schulsystems. Nach ihren Vorstellungen soll zunächst ein gemeinsames Lernen bis einschließlich Klasse 8 für alle Schülerinnen und Schüler eingeführt werden. Ab Klasse 9 sehen die Planungen der LINKEN den Beginn einer Binnendifferenzierung in Leistungskursen vor, die die Schülerinnen und Schüler selbst wählen. Sämtliche anderen Fächer sollen auch weiterhin bis zum Abschluss der Klasse 10 im gesamten Klassenverband unterrichtet werden. Hinsichtlich einer konsequenten Trennung von Kirche und Staat setzt sich DIE LINKE für die Abschaffung des Religionsunterrichtes an den Schulen sowie für ein gemeinsames philosophisch-ethisches Lernangebot für alle Schülerinnen und Schüler ein.

SPD, GRÜNE und LINKE räumen der **Hochschulbildung** einen hohen Stellenwert ein. Sie wollen die Hochschulen besser finanzieren, die Hochschulfinanzierung bedarfsgerecht gestalten und durch mehrjährige Hochschulrahmenverträge langfristige Planungssicherheit schaffen. Sie wollen eine qualitativ hochwertige Lehre und Forschung sichern, plädieren für eine freie, vielfältige und demokratische Wissenschaftslandschaft, für die Stärkung der Selbstverwaltung und für die Demokratisierung der Hochschulen. Sie favorisieren die soziale Öffnung der Hochschulen und setzen sich – bei Unterschieden im Detail – für eine Verbesserung des BAföG ein.

LINKE und SPD treten für eine Grundgesetzänderung zur Aufhebung des Kooperationsverbotes ein, um Bund-Länder-Kooperationen dauerhaft zu ermöglichen, die Grundfinanzierung aller Hochschulen dauerhaft zu verbessern und drittmittelfreie Forschung wie gute Lehre zu sichern. Ziel beider Parteien ist es, dass alle Studierenden in Sachsen, die sich nach ihrem Bachelorabschluss weiterqualifizieren wollen, die Möglichkeit haben, einen Masterabschluss zu erlangen. DIE LINKE möchte „im besten Fall“ die Zugangsbeschränkung durch einen Numerus Clausus abschaffen.

Die SPD will die Spitzenforschung (mittels Cluster und Graduiertenschulen) besonders fördern und die Hochschulen bei der Einwerbung von EU-Forschungsmitteln unterstützen. Sie erklärt: „Wir stehen zur neuen Hochschulsteuerung über Rahmen-, Ziel- und Leistungsvereinbarungen.“ Dagegen möchte DIE LINKE die dominante Rolle von Drittmitteln zurückdrängen, da sie der Lehre in der Regel nicht zugutekommen würden, und zugleich die privatwirtschaftlichen Tätigkeiten von Hochschulen einschränken.

In der **Berufsausbildung** soll nach den Vorstellungen von SPD, GRÜNEN und LINKEN die duale Ausbildung das Kernstück bleiben. Alle drei Parteien wollen die Berufsorientierung verbessern. Die SPD strebt die Integration von berufspraktischer Bildung in den Schulalltag (z. B. über Schülerbetriebspraktika, Betriebserkundungen, Schülerfirmen oder praxisorientierte Lernphasen innerhalb des jeweiligen Fachunterrichts) sowie eine qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte Berufsberatung an. Nach den

Vorstellungen der LINKEN sollen als Orientierungshilfe bereits ab Klasse 5 unterschiedliche Berufsfelder dargestellt, zeitlich begrenzte Berufspraktika in den Abschlussklassen durchgeführt und Übergangsphasen, wie das Berufsvorbereitungsjahr und das Berufsgrundbildungsjahr, weiterentwickelt werden. Zudem hält sie eine Erweiterung des praktischen Unterrichts (u. a. Holz- und Metallbearbeitung, Pflege- und Hauswirtschaft sowie Elektrotechnik) für nützlich.

DIE LINKE verlangt die Erhaltung eines flächendeckenden Berufsschulnetzes. Um allen den Abschluss einer Berufsausbildung zu ermöglichen, müsse die Förderung der beruflichen Erstausbildung durch die Bundesagentur für Arbeit über das 25. Lebensjahr hinaus ermöglicht werden. DIE LINKE schlägt zudem eine „Landes(nach)ausbildungsinitiative“ für junge Menschen ohne vollwertigen Berufsabschluss vor. Die Partei setzt sich für eine Qualifizierung der Abiturausbildung jenseits des Gymnasiums ein und will die Möglichkeit, in einem Zeitraum von ca. drei Jahren einen Vollberuf und gleichzeitig die allgemeine Hochschulreife zu erlangen, erleichtern. DIE LINKE fordert, die staatlichen Beruflichen Schulzentren (BSZ) gegenüber berufsbildenden Schulen in freier bzw. privater Trägerschaft nicht länger zu benachteiligen. Das gelte sowohl für die Ausbildungsverträge als auch für die Bereitstellung des nötigen Lehrpersonals.

Die SPD fordert Übernahmegarantien für Auszubildende und will (ähnlich wie DIE LINKE) Hochschulen für Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung, auch ohne Abitur, öffnen.

Auf dem Feld der **berufliche Fort- und Weiterbildung** bzw. der **Erwachsenenbildung allgemein** wollen SPD, GRÜNE und LINKE den Anspruch auf bezahlte Freistellung für Weiterbildung gesetzlich verankern. Die SPD hat hier nicht nur die Weiterbildung im beruflichen Bereich im Auge, sondern auch die politische oder allgemeine Weiterbildung. DIE LINKE und DIE GRÜNEN setzen sich für den Erhalt bzw. den Ausbau des zweiten Bildungsweges ein. DIE LINKE begreift die Erwachsenenbildung als öffentliche Aufgabe. Sie lehnt die Angebotsreduzierungen und Gebührenerhöhungen sowie die Tendenz, attraktive Angebotsfelder außerhalb der Grundversorgung privaten Anbietern zu überlassen, ab.

## 6. Demokratie und Teilhabe

Alle drei Parteien treten in ihren Landtagswahlprogrammen für die Stärkung von Demokratie und Bürgerrechten ein. Nach ihrer Auffassung ergänzen sich repräsentative und **direkte Demokratie**. Sie möchten die Instrumente und Möglichkeiten der Volksgesetzgebung und Volksabstimmungen stärken und die Hürden für Bürger- und Volksbegehren senken. Auf Landesebene soll das erforderliche Quorum für Volksbegehren in Sachsen nach dem Willen der SPD und der GRÜNEN und auf kommunaler Ebene für Bürgerbegehren nach demjenigen aller drei Parteien auf 5 Prozent der stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger sinken.

DIE GRÜNEN verlangen zudem, dass Bürgerbegehren eine aufschiebende Wirkung gegenüber dem Vollzug eines Ratsbeschlusses entfalten müssen. DIE LINKE sieht für die kommunalen Repräsentativorgane die große Chance, bürgerschaftlichen Sachverstand bei der Vorbereitung von Entscheidungen einzubeziehen. Deshalb würden zu einer aktiven Bürgerkommune auch die vielfältigen Formen der kooperativen Bürger/innen-Beteiligung (wie traditionelle Verbändebeteiligung, Mediationsverfahren, Zukunftswerkstätten, Stadtteilforen, Runde Tische, Gemeinwesensarbeit, Planungszellen, Sicherheitspartnerschaften, Bürgerhaushalte und auch Lokale AGENDA 21-Aktivitäten) gehören.

Die SPD fordert eine sächsische Demokratieoffensive, um die Möglichkeiten direkter Beteiligung bei der Gestaltung von Gesetzen und Projekten auszubauen. Sie will das Petitionsrecht der Sachsen aufwerten: Überschreite eine Online-Petition innerhalb von vier Wochen das Quorum von 2.000 Mitzeichnerinnen und Mitzeichnern, so soll zur Petition eine öffentliche Sitzung des Petitionsausschusses stattfinden.

Die SPD tritt bei Bau-Projekten für eine frühzeitige Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Form von ergebnisoffenen Grundsatzanhörungen zum Planungsbeginn und von transparenten Alternativprüfungen ein. Neben Bürgerforen will sie hier auch neue Formen von Online-Beteiligung fördern und ausprobieren. Mehr E-Government müsse generell einhergehen mit mehr E-Partizipation. Auch GRÜNE und LINKE plädieren für mehr Transparenz und digitale Beteiligung.

DIE GRÜNEN schlagen die Einführung von kommunalen Bürger/innen-Beteiligungssatzungen vor und fordern, dass Bürger/innen-Beteiligungsverfahren bei Rahmenplanungen und Bedarfsfeststellungen insbesondere bei Großprojekten zur Pflicht werden. Alle übergeordneten Planungsverfahren müssten auch Gegenstand von Bürger/innenbegehren oder Volksentscheiden sein können. Darüber hinaus plädieren DIE GRÜNEN für mehr Rechte für Bürger/innen im Petitionsverfahren und für eine Stärkung der Bürger/innen-Beteiligung bei der Haushaltsplanung des Landes, indem Bürger/innenhaushalte auch auf Landesebene eingeführt werden.

Auf dem Feld der **repräsentativen Demokratie** streben SPD, GRÜNE und LINKE das Wahlrecht für Jugendliche ab Vollendung des 16. Lebensjahres auf kommunaler und auf Landesebene an. Sie möchten das Kommunalwahlrecht auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger einführen.

Die SPD und DIE GRÜNEN wollen den Sächsischen Landtag und seine Abgeordneten gegenüber der Staatsregierung stärken. Die Kontrolle der Regierung dürfe nicht nur eine symbolische Handlung sein. DIE GRÜNEN wenden sich gegen eine verfassungsmäßige Verkleinerung des Sächsischen Landtags, weil damit insbesondere kleine Fraktionen ihrem Auftrag der Regierungskontrolle kaum oder gar nicht mehr gerecht werden könnten. Sie setzen sich für ein Parlamentsinformationsgesetz ein, in dem klar geregelt ist, dass der Landtag frühzeitig über Vorhaben der Staatsregierung wie Verordnungen, Verwaltungsabkommen und Staatsverträge zu informieren sei.

Die SPD, DIE GRÜNEN und DIE LINKE möchten auch die Stadt- und Gemeinderäte und ihre Fraktionen mit mehr Rechten gegenüber den Kommunalverwaltungen ausstatten. In diesem Kontext wollen DIE GRÜNEN die Unvereinbarkeit von Bürgermeister/innen-Amt und Kreistagsmandat einführen. Hinsichtlich der Abwahl von Bürgermeister/innen und Landrät/innen setzen sich DIE GRÜNEN für die Absenkung der Quoren auf 10 Prozent der Wahlberechtigten zur Einleitung eines Abwahlverfahrens ein. Das Quorum für die notwendigen Ja-Stimmen für eine Abwahl wollen sie auf 25 Prozent der Wahlberechtigten reduzieren.

DIE GRÜNEN plädieren für eine Modernisierung des Wahlrechts in Sachsen. Sie wollen den Wählerinnen und Wählern bei Landtagswahlen die Möglichkeit geben, ihre Stimme einzelnen Bewerberinnen und Bewerbern auf der Landesliste zu geben und so die Reihenfolge der Gewählten zu beeinflussen. Sie streben zudem eine verfassungskonforme Umsetzung einer Quotierung von Wahllisten für Landtag und Kommunalparlamente an und schlagen vor, das Verhältnis von Direktmandaten zugunsten von Listenmandaten zu verändern.

Alle drei Parteien engagieren sich für die **Rechte und Freiheiten** der Bürgerinnen und Bürger Sachsens. DIE GRÜNEN stehen zum Beispiel für eine gerechte und gleichberechtigte Teilhabe an Bildung, Arbeit, Kultur, gesundheitlicher Versorgung, Einkommen, Mobilität und soziokulturellem Leben in der Gesellschaft. Sie sind gegen staatliche Überwachung und Bevormundung und für besseren Datenschutz. Sie lehnen massive Grundrechtseingriffe wie das massenhafte Abfragen von Funkzellendaten, großräumige Aufenthaltsverbote und umfangreiche Personenfeststellungen bei Versammlungen oder in deren Vorfeld ab. Grundsätzlich müssten Maßnahmen unterbleiben, deren Zweck darauf gerichtet sei, Menschen von der Teilnahme an einer friedlichen Versammlung abzuschrecken. Friedliche Platzbesetzungen müssten entkriminalisiert werden.

DIE LINKE betont, dass die Wahrnehmung von Bürgerinnen- und Bürgerrechten und deren Förderung in jedweder, insbesondere auch sozialer Hinsicht, endlich als Wesensgehalt von Demokratie verstanden werden müsse und nicht länger als Gefahr für die Sicherheit von Gesellschaft und Staat diffamiert und gemäßregelt werden dürfe. Und die SPD erklärt: „Wir verstehen den freien Zugang zum Internet als Bürgerrecht und stehen für einen wirksamen Datenschutz und den Schutz der Persönlichkeitsrechte.“

DIE GRÜNEN, DIE LINKE und die SPD wollen eine **geschlechtergerechte Demokratie** in Sachsen verwirklichen und drängen auf die Einhaltung von Gleichstellungsstandards und auf die Festlegung konkreter Ziele für mehr Frauen in Führungspositionen. DIE GRÜNEN wollen beispielsweise eine geschlechtergerechte Besetzung der öffentlich-rechtlichen Landesgremien und der Aufsichts- und Beiräte bei den im Landesbesitz befindlichen Unternehmen erreichen. Deshalb wollen sie eine Frauenquote von 40 Prozent verbindlich machen. Das langfristige Ziel seien 50 Prozent Frauen in Leitungsfunktionen.



Alle drei Parteien engagieren sich **gegen Homophobie** und wollen zur Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen beitragen. Sie plädieren für eine kontinuierliche Förderung der Organisationen und Projekte zur Beratungs- und Bildungsarbeit im Bereich Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Transsexuelle und Intersexuelle (LSBTTI). Bei der Erarbeitung eines entsprechenden Aktionsplans seien die Organisationen aus dem LSBTTI-Bereich einzubeziehen. SPD, GRÜNE und LINKE wollen in Sachsen die volle rechtliche Gleichstellung von Lebenspartnerschaften mit der Ehe erreichen.

Nach Auffassung aller drei Parteien sei die **Integration** von in Deutschland lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ein wichtiger Bestandteil einer sozialen und auf Chancengleichheit ausgerichteten Gesellschaft. Sie wollen eine wirkliche Willkommenskultur schaffen und wenden sich gegen Rassismus und andere Formen der Diskriminierung. Die SPD plädiert für die Weiterentwicklung des Programms „Weltoffenes Sachsen“ und will es um den Schwerpunkt „Interkulturelle Bildung“ ergänzen. Für DIE LINKE sei Sachsen historisch ein Einwanderungsland. Diese Tradition der Weltoffenheit und Toleranz verteidigend, wendet sich DIE LINKE gegen den Nützlichkeitsrassismus der Staatsregierung, der Migrantinnen und Migranten in gute (wertvolle) und schlechte (unnütze) einteilt. Die Partei plädiert für ein sächsisches Integrationskonzept.

In der **Asyl- und Flüchtlingspolitik** wollen alle drei Parteien Flüchtlinge und Asylsuchende in eigenen Wohnungen unterbringen, ihnen die Teilnahme an Sprachkursen ermöglichen und ihre grundlegende medizinische Versorgung und qualifizierte soziale Begleitung und Betreuung sicherstellen. Die Residenzpflicht soll abgeschafft werden. DIE GRÜNEN und DIE LINKE möchten Flüchtlingen und Asylsuchenden auch den Arbeitsmarkt öffnen und engagieren sich für vereinfachte Einbürgerungsverfahren. Auf Bundesebene will die SPD erreichen, dass die entmündigende und meist aufwändige Versorgung mit Sachleistungen nicht mehr als gesetzlicher Regelfall festgeschrieben wird, sondern das Geldleistungsprinzip.

SPD, GRÜNE und LINKE stellen sich den Nazis entgegen, stehen an der Seite derjenigen, die sich **gegen Rechtsextremismus** und menschenfeindliche Einstellungen engagieren, und fördern Projekte für Demokratie und Toleranz. Sie treten für die Entkriminalisierung friedlicher Protestformen und zivilen Ungehorsams gegen rechte Aufmärsche ein. Alle drei Parteien setzen sich für die Abschaffung der sogenannten „Demokratie-Erklärung“ (Extremismus-Klausel) ein, weil diese Menschen, die sich für Demokratie und Weltoffenheit engagieren, demotiviere. Die SPD stellt fest: „Initiativen, Vereine und Verbände, die sich für Partizipation, Vielfalt und Demokratie einsetzen, müssen nicht mit einer Unterschrift beglaubigen, dass sie auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen, sondern beweisen ihre Haltung tagtäglich durch ihr aktives Handeln.“

Während DIE GRÜNEN und DIE LINKE das **Landesamt für Verfassungsschutz** auflösen wollen, lehnt das die SPD ab. Sie hält die Sammlung und Auswertung von Informationen über Bestrebungen, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richten, nicht für verzichtbar. Sie hält es jedoch für sinnvoll zu prüfen, ob einzelne Aufgaben stärker vom leistungsfähigeren Bundesamt erfüllt werden können. Sie plädiert dafür, dass sich das Landesamt für Verfassungsschutz künftig auf seine regionale Kernaufgabe konzentriert: auf die Beobachtung und Analyse von Bestrebungen im Freistaat Sachsen, die sich aktiv gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richten. Ein sächsisches Landesamt, das sich auf die Kernaufgabe „Verfassungsschutz“ konzentriert, könne verkleinert werden. Die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes müsse deutlich erweitert werden, indem die Rechte und Kompetenzen der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) ausgeweitet werden.

Nach Auffassung der LINKEN habe hingegen das Landesamt für Verfassungsschutz als Frühwarnsystem versagt. Sie plädiert stattdessen für offene Formen der Diskussion gemeinsam mit Wissenschaft, Zivilgesellschaft und örtlich Engagierten. Als geeignetes Mittel erweise sich dabei ein regelmäßiger „Sachsenmonitor“, um die Verankerung von Ideologien der Ungleichwertigkeit sowie von antidemokratischen, menschenfeindlichen und NS-verherrlichenden Einstellungen in der sächsischen Bevölkerung zu erkennen.

## 7. Kommunalpolitik

Auf dem Feld der Kommunalpolitik spricht sich nur DIE LINKE ausdrücklich für eine Stärkung der **kommunalen Selbstverwaltung** aus. Sie strebt einen Umbau der Landesverwaltung hin zu einem durchweg zweistufigen Verwaltungsaufbau unter Wegfall der bisherigen Mittelbehörden in Gestalt der Landesdirektionen an. DIE LINKE will das Kommunalrecht im Sinne der Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und Mitsprache modernisieren.

Die SPD plädiert für leistungsfähige Kommunen. Um dem demographischen Wandel wirkungsvoll zu begegnen, will die SPD die Landkreise, Städte, Gemeinden und Regionen langfristig in die Lage versetzen, eine eigenständige und selbstverantwortliche Politik der Anpassung und des Gegensteuerns umzusetzen. Die Kommunen sollten daher nach Meinung der Partei grundsätzlich die zentralen Adressaten entsprechender Fördermaßnahmen seitens des Freistaates sein. Die SPD will die interkommunale Zusammenarbeit unterstützen, ohne jedoch die jeweiligen Eigenheiten auszublenden. Erzwungene Gemeindefusionen durch Gesetz lehnt sie ab.

Auch DIE GRÜNEN möchten die Handlungsfähigkeit der Kommunen sichern. Sie plädieren dafür, kleinteilige Gemeindestrukturen zu erhalten, da größere Einheiten nicht einfach billiger seien, sondern bei ihnen vielfach die Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern auf der Strecke bleibe. Gemeindefusionen dürften deshalb nur freiwillig und nach intensiver Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger erfolgen. DIE

GRÜNEN wollen die Kommunen beim Kitaplatzausbau stärker unterstützen, so dass der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz bei steigenden Kinderzahlen tatsächlich gewährleistet werden könne.

**Kommunale Unternehmen** spielen nach Auffassung aller drei Parteien eine wichtige Rolle bei der Sicherung der Daseinsvorsorge. DIE GRÜNEN setzen bei der Energiewende nicht zuletzt auf kommunale Stadtwerke und regionale Energiedienstleistungsunternehmen. Der LINKEN scheinen kommunale Strukturen, die die Verteilnetze in ihre Hand bringen und als kommunal bestimmte Unternehmen die gesamte Ver- und Entsorgungssparte bewirtschaften, derzeit die beste Ausgangslage für die zu lösenden Aufgaben zu bieten. Das öffentlich finanzierte Eigentum an Netzen soll durch einen kommunalen Versorger verwaltet werden.

Die SPD hält am Recht der Kommunen auf wirtschaftliche Betätigung als Kernbereich der kommunalen Selbstverwaltung fest. Kommunale Unternehmen seien ein erheblicher regionaler Wirtschaftsfaktor und gerade für Handwerk, kleinere Gewerbebetriebe und lokale Unternehmen bedeutende Auftraggeber. Entgegen den Vorstellungen neoliberaler Kräfte will die SPD die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge als wesentliches Instrument zur Erfüllung ihrer Selbstverwaltungsaufgaben sichern und ihnen dabei noch mehr Gestaltungsfreiheit einräumen.

Einen zentralen Stellenwert in der Kommunalpolitik haben die **Kommunalfinanzen**. Alle drei Parteien wollen die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen sichern. Insbesondere DIE LINKE und die SPD drängen auf eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen im Sinne des in der Verfassung verankerten Konnexitäts-Prinzips, nach dem derjenige, der eine Leistung bestellt, diese auch bezahlen muss.

Nach Auffassung der SPD ist eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen eine Voraussetzung für die Ausgestaltung der kommunalen Selbstverwaltung. Weitere Kostensteigerungen durch Standarderhöhungen müssten den Kommunen ohne Wenn und Aber ausgeglichen werden. Die SPD bekennt sich zu dem Ziel ausgeglichener kommunaler Haushalte und zu einer Ausgaben- und Aufgabenkontrolle. Es dürfe nicht sein, dass auf Bundesebene gemeinsam mit den Ländern Leistungsgesetze verabschiedet werden, für deren Durchführung ausschließlich die Kommunen zuständig sind, ohne ihnen gleichzeitig eine angemessene Finanzausstattung zur Verfügung zu stellen. Die SPD steht für den Erhalt und die Sicherung der Gewerbesteuer und will sich dafür einsetzen, dass auch der Bund seinen Beitrag zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen leistet.

Nach Auffassung der LINKEN müsse die bestehende strukturelle Schieflage der kommunalen Finanzausstattung durch eine umfassende Steuer- und Gemeindefinanzreform bundesweit überwunden werden. Das sächsische Finanzausgleichsgesetz (FAG) müsse weiterentwickelt werden, um die entstandenen Disparitäten in der Finanzausstattung zwischen Land und Kommunen zu beseitigen. DIE LINKE strebt eine Erhöhung der kommunalen Investitionspauschale an. Nach Auffassung der LINKEN müss-

ten die überörtlichen Sozialhilfeträger von der kommunalen Ebene auf die Landesebene (bei gleichzeitiger Aufstockung des Anteils an Sozialausgaben im Landeshaushalt durch Umverteilung) zurückgeführt werden. Dies würde insbesondere zur Sicherstellung der Betreuung älterer Menschen dienen.

DIE LINKE will die Kommunalabgaben begrenzen und setzt sich für transparente, gerechte und sozial verträgliche Kommunalabgaben ein. Dazu gehöre nach ihren Vorstellungen insbesondere Sparsamkeit. Abfallvermeidung und geringer Wasserverbrauch müssten z. B. belohnt werden, indem der Anteil der Grundgebühren an den Gesamtkosten der Abgaben begrenzt und eine verursachergerechte Mengengebühr eingeführt wird. Die Höhe der Belastungen aus Kommunalabgaben und -steuern sei durch eine zumutbare Höchstgrenze zu beschränken, die sich an der realen Einkommensentwicklung orientiert und sozialen Bedingungen unterworfen ist.

Kernaufgabe der Kommunalpolitik ist die Aufstellung der **kommunalen Haushalte**. In diesem Kontext wollen DIE LINKE, DIE GRÜNEN und die SPD mittels Bürgerhaushalten die Einwohnerinnen und Einwohner aktiv an der Finanzplanung ihrer Gemeinden beteiligen.

Die **Wohnungspolitik** spielt in den Landtagswahlprogrammen von SPD, GRÜNEN und LINKE eine wichtige Rolle. Alle drei Parteien wollen sich für bezahlbaren Wohnraum einsetzen, der insbesondere in Sachsens Großstädten immer schwerer zu finden ist. Die SPD will auf steigende Mietpreise mit flexiblen, verlässlichen und zweckgebundenen sozialen Wohnraumförderprogrammen reagieren. Sie möchte den genossenschaftlichen Wohnungsbau und kommunale Wohnungsunternehmen stärker fördern als bisher. Sie will ein Programm „Altersgerecht Umbauen“ auflegen und neue Modelle des Zusammenlebens wie Senioren-WGs, Mehrgenerationenhäuser oder betreutes Wohnen sowie Wohnungen für Menschen mit Behinderungen fördern. Die SPD weiß: „Der Markt allein schafft kein sozial gerechtes Zuhause. Der Staat und die Kommunen müssen weiter eine aktive Rolle in der Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik spielen.“

DIE GRÜNEN wollen sich dafür einsetzen, die Obergrenze für Preiserhöhungen bei Bestandsmieten abzusenken. In sächsischen Ballungsräumen solle angesichts der Wohnungsverknappung die maximale Mieterhöhung innerhalb von drei Jahren auf höchstens 15 Prozent statt der üblichen 20 Prozent begrenzt werden. Den Kommunen soll ermöglicht werden, in Orten oder Stadtteilen mit hohem Verdrängungsdruck Mietobergrenzen bei der Wiedervermietung einzuführen.

DIE LINKE lehnt den Verkauf von Wohnungen in Bundes-, Landes- oder kommunalem Eigentum an Finanz-Investorinnen und -Investoren zugunsten ihrer Renditeinteressen ab. Der kommunale und genossenschaftliche Wohnungsbestand mit einem Anteil von heute gut 30 Prozent an allen Mietwohnungen in Sachsen müsse gesichert werden; darüber hinaus sei die Rückführung vormals veräußerter Wohnungsbestände in kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften anzustreben.

Die **Abwasserpolitik** birgt vielerorts erheblichen Zündstoff. Alle drei Parteien wollen sie umweltgerecht und sozial verträglich gestalten. Die SPD will die Kommunen und deren Einwohnerinnen und Einwohner bei der Umstellung auf umweltgerechte Kläranlagen unterstützen. Sie geht davon aus, dass Abwasserentsorgung eine kommunale Pflichtaufgabe ist.

Nach Auffassung der LINKEN müssten die Aufgabenträger für die Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Abfallentsorgung wirtschaftlich durch geeignete Fördermaßnahmen des Landes stabilisiert werden. Aufgrund der demographischen Entwicklung sei mit den Bürgerinnen und Bürgern ein vernünftiger, schrittweiser Rückbau von Infrastruktureinrichtungen in den Bereichen Wasser, Abwasser und Abfall zu planen und zu gestalten.

DIE GRÜNEN verlangen, die Abwasserbeseitigungskonzepte an die demographische Entwicklung sowie an die regional sehr unterschiedliche Verteilung der Bevölkerung anzupassen. Sie setzen im ländlichen Raum auf dezentrale Lösungen wie grundstücksbezogene Kleinkläranlagen oder dezentrale Gruppenanlagen. Auch Ausnahmen beim Anschluss- und Benutzungszwang müssten für abgelegene Wohneinheiten möglich werden. Einzelfallprüfungen seien unerlässlich.

## Resümee

Der Vergleich der Landtagswahlprogramme von SPD, GRÜNEN und LINKE in Sachsen offenbart weitaus mehr Gemeinsamkeiten als Differenzen. In der **Wirtschaftspolitik** setzen SPD, GRÜNE und LINKE unterschiedliche Akzente. Angestrebte Ziele wie Ressourceneffizienz, die in allen drei Programmen vorkommen, erhalten so ein unterschiedliches Gewicht und einen anderen Stellenwert im wirtschaftspolitischen Konzept. Nur GRÜNE und LINKE orientieren auf regionale Wirtschaftskreisläufe – weg von der bisherigen Unterstützung exportorientierter industrieller „Leuchttürme“, während für die SPD die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der sächsischen Wirtschaft im globalen Wettbewerb das wichtigste Anliegen ist.

Auf dem Feld der **Beschäftigungspolitik** wollen sich alle drei Parteien für „gute“ bzw. „faire Arbeit“ einsetzen, eine aktive Arbeitsmarktpolitik betreiben, prekäre Beschäftigungsverhältnisse zurückdrängen und einen sozialen Sektor auf dem Arbeitsmarkt einrichten. Dabei gibt es im Detail Unterschiede – so in der Höhe des Mindestlohns: Während sich SPD und GRÜNE auf 8,50 Euro festgelegt haben, verlangt DIE LINKE 10 Euro.

In der **Haushaltspolitik** dominieren auf der Ausgabenseite verstärkte Zukunftsinvestitionen in die Bildung von Kindern und Jugendlichen sowie in Gesundheit und Mobilität. Hinsichtlich der Einnahmeseite setzt DIE LINKE auf die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums vorrangig mittels Steuererhöhungen auf Bundesebene für Reiche, während SPD und GRÜNE – abgeschreckt durch ihr Wahlergebnis bei der Bundes-

tagswahl 2013, als sie im Wahlkampf Steuererhöhungen für Spitzenverdiener thematisierten, – die bestehende Steuergesetzgebung durch die konsequente Bekämpfung von Steuerhinterziehung und anderen Steuerstraftaten und durch die bessere Ausstattung der Steuerbehörden lediglich effizienter vollziehen wollen. Dass sich allein so die erforderlichen Finanzmittel für Zukunftsinvestitionen mobilisieren lassen, darf bezweifelt werden. Neue Schulden werden jedenfalls von allen drei Parteien nicht geplant.

Hinsichtlich der **Umweltschutz-, Verbraucherschutz- und Energiepolitik und der Entwicklung regionaler Versorgungsträger** ist hervorzuheben, dass alle drei Parteien dem Schutz des Klimas und der natürlichen Umwelt hohe Priorität einräumen. Dem wollen sie vor allem mit einer entsprechenden Wirtschaftspolitik, mit dem Umstieg auf Erneuerbare Energien und dem Setzen auf Energie- und Ressourceneffizienz und mit einer intelligenten Verkehrspolitik gerecht werden. Bei der Energieversorgung plädieren sie eher für dezentrale Lösungen mit einer stärkeren Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern wie Energiegenossenschaften. Knackpunkt könnte die weitere Braunkohleverstromung werden: Während DIE LINKE und DIE GRÜNEN Aufschlüsse neuer Braunkohle-Tagebaue und die Erweiterung bestehender zur energetischen Nutzung der Braunkohle stoppen wollen, betrachtet die SPD die Braunkohle als Brückentechnologie, die solange benötigt werde, bis das Ziel einer klimaneutralen Energieerzeugung erreicht sei.

Auf dem Feld der **Justiz- und Rechtspolitik** fechten LINKE, GRÜNE und SPD für die Unabhängigkeit der Justiz, für eine bürgernahe Polizei und eine Modernisierung des Strafvollzugs. Sie planen ein modernes Vergabegesetz, ein sächsisches Informationsfreiheitsgesetz, die Novellierung des Schulgesetzes und die Novellierung des sächsischen Hochschulfreiheitsgesetzes. Unterschiedliche Vorstellungen gibt es hinsichtlich der Planung weiterer Gesetze und in der Frage, welche Grundrechte zusätzlich in der sächsischen Landesverfassung verankert werden sollten. Klare Differenzen zeigen sich in der Drogenpolitik: Während GRÜNE und LINKE die Drogenpolitik entkriminalisieren wollen, kann sich die SPD lediglich eine Straffreiheit hinsichtlich des Eigenverbrauchs von Cannabis in geringen Mengen vorstellen.

In der **Bildungspolitik** plädieren SPD, GRÜNE und LINKE für lebenslanges Lernen, für das der Staat und die Kommunen gute Rahmenbedingungen schaffen müssten, und für eine hochwertige und gebührenfreie Bildungsinfrastruktur in Sachsen. Sie wollen den Betreuungsschlüssel in Krippen und Kindergärten absenken und die Fachkräfte-Schüler-Relation verbessern. Sie plädieren für eine Gemeinschaftsschule, in der Schülerinnen und Schüler länger gemeinsam lernen, wollen in diesem Kontext mehr Ganztagschulen schaffen und streben eine Demokratisierung der Schulen an. LINKE und GRÜNE engagieren sich für ein philosophisch-ethisches bzw. ethisches Lernangebot an den Schulen. Nur DIE LINKE setzt sich in konsequenter Trennung von Kirche und Staat für die Abschaffung des Religionsunterrichtes an den Schulen ein.

Auf dem Feld von **Demokratie und Teilhabe** fechten LINKE, GRÜNE und SPD für mehr direkte Demokratie und für eine Stärkung der gewählten Körperschaften gegenüber der Exekutive. Sie streben das Wahlrecht für Jugendliche ab Vollendung des 16. Lebensjahres auf kommunaler und auf Landesebene an und möchten das Kommunalwahlrecht auch für Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger einführen. Sie engagieren sich für eine humane Migrations-, Asyl- und Flüchtlingspolitik und im Kampf gegen Rechts extremismus und gegen alle Formen von Diskriminierung. Gegensätzliche Positionen gibt es in der Haltung zum Verfassungsschutz: Während GRÜNE und LINKE die Geheimdienste abschaffen wollen, hält die SPD ein Landesamt für Verfassungsschutz weiterhin für erforderlich.

In der **Kommunalpolitik** wollen DIE LINKE, DIE GRÜNEN und die SPD mittels Bürgerhaushalten die Einwohnerinnen und Einwohner aktiv an der Finanzplanung ihrer Gemeinden beteiligen. Alle drei Parteien wollen die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen sichern. Insbesondere DIE LINKE und die SPD drängen auf eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen im Sinne des Konnexitäts-Prinzips. Aber nur DIE LINKE spricht sich ausdrücklich für eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung aus. Sie ficht am konsequentesten gegen die Privatisierung von freistaatlichem und kommunalem Eigentum und priorisiert die öffentlichen Trägerschaften insbesondere in den Bereichen Gesundheit/Soziales und Energie.

Jochen Weichold

#### Quellen:

Für die Aussagen der einzelnen Parteien wurden folgende Quellen herangezogen:

- SPD: Unser Sachsen für Morgen. Regierungsprogramm der SPD Sachsen 2014-2019 (Vorläufige Endfassung des Regierungsprogrammes [Stand vom 14. Juni 2014]), [Dresden 2014], 114 S. [140614\_Leitantrag\_Regierungsprogramm\_2014.pdf].
- GRÜNE: Sachsens Chancen nutzen. Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen. Programm zur Landtagswahl am 31. August 2014, verabschiedet auf der Landesdelegiertenkonferenz am 18. Januar 2014 in Leipzig, [Dresden 2014], 143 S. [GRUENES\_Landtagswahlprogramm\_fuer\_Sachsen\_2014.pdf].
- DIE LINKE: Besser leben in Sachsen. Landtagswahlprogramm DIE LINKE. Sachsen 2014, beschlossen vom II. Landesparteitag DIE LINKE. Sachsen am 15. März 2015 in Dresden, Hrsg.: Landesvorstand DIE LINKE. Sachsen, Dresden [2014], 56 S.

Berlin, 30. Juni 2014